

Kreisblatt des
Stadtkreises Bocholt
Kunstliche Anzeigen
des Landratsamtes,
von Bürgermeistern
und Gemeindevorständen
des Kreises Bocholt.
Organ
der Zentrumspartei

Volksblatt

Gesetzblätter
Bocholt, Kreisblatt
Nr. 14. Fernspre.
Sammelnr. 3054.
Hrsg.: R. Borkner.
Verlag: Th. Borkner.
Dortmund 1.

Nummer 112

Sonntag, den 22. April

Jahrgang 1928

Demokratische Wahlparolen.

Die Deutschdemokratische Partei gibt sich redliche Mühe, dem Kampf um das Wort des Wählers auch ihrerseits einen Sinn zu geben. Das scheint ihr, nach dem, was man den Reden der Prominenten bisher entnehmen konnte, wirklich nicht leicht zu fallen. Die politische Reife im deutschen Volk, mag sie auch noch so weit hinter den anderen Nationen zurück sein, ist doch so fortgeschritten, daß sie sich mit Ankündigungen künftiger Taten allein nicht zufrieden gibt und das politische Erinnerungsvermögen ist nicht so schwach, daß es nicht über die kurze Frist eines Jahres zurückreicht. Der Kämpfer stellt es sich nicht so leicht für angebracht, mit dem überlegenen Brüllen des besseren Mannes von der Wahlreform zu reden, die „von der vorhergehenden Regierung fertig gebracht im Reichsinnenministerium hinterlassen worden“, sei. Wir können hier über den Wert der Wahlrechtsnovelle des Herrn Kälz nicht diskutieren, weil wir sie nicht kennen, aber wir wollen ihn fragen, was ihm das Recht gibt, die Wahlrechtsinterpellation des Zentrums unwirksam zu nennen. Das dürfte doch kaum zu bestritten sein: die Zentrumspartei hat schon allein durch ihre Interpellation einen Reformwillen bekundet, der hinter dem der Demokraten kaum minderen nicht zurücksteht; und wenn man daneben fällt, in welcher entscheidenden Weise die Zentrumspartei und die Zentrumsgemeinschaften im Lande bei allen möglichen Gelegenheiten die Notwendigkeit der Wahlrechtsreform betont haben, gebührt ihnen demagogische Wertschätzung, um die Diktung des Zentrums in der Wahlrechtsfrage zu verdächtigen.

Auch bei den Vorkämpfen, die von demokratischer Seite mehr schlecht als recht hinsichtlich der Vorselektion des Zentrums erhoben worden sind, ist die Frage am Platz: Wo war die jetzt so stark betonte Initiative der Demokraten, als sie noch verantwortliche Mitglieder des Reichstages waren? Es ist sehr bezeichnend, daß nach der Wiedereinnahme der Reichstagsgebäude und dem damit verbundenen „Uff“ aus dem Schlamassel zu schreiben. Und es ist bestimmt nicht sehr schön, abends noch den Nachfolger zu suchen, der seine Kraft daransetzt, die Dinge trotz allem zu ordnen.

Die demokratische Partei scheint sich, abgesehen von der später einmal geforderten beträchtlichen Propaganda für den Einheitsstaat am meisten von einer intensiven Vorbereitung der zahlreichen durch Krieg und Währungsverfall um ihr Kapitalvermögen gekommenen Personen zu verschreiben. Demokratische Parteien berichten über die Rentnerverhandlungen auf einmal in ganz großer Aufmachung und demokratische Führer halten Reden, die nachschreibend mit freischützlichen Angriffen auf die Zentrumspartei, den Rentnern das Blaue vom Himmel versprechen. Eine dieser demokratischen Attenden auf das Zentrum, ging sogar soweit, den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, denen man doch sonst nicht genug am Halse sitzen kann, zu attestieren, ihre Rentnerpolitik sei nur deshalb so schlecht gewesen, weil sie sich als Regierungsparteien dem hartnäckig überwundenen Zentrum hätten fügen müssen.

In der Wahlzeit, in der wir jetzt leben, sind fast übertriebene Worte an der Tagesordnung. Aber so weit, wie es die Demokraten in der Rentnerfrage tun, sollte man sich auch in Wahlzeiten nicht von der Wahrheit und der Sachlichkeit entfernen. Es ist einfach nicht wahr, wenn behauptet wird, das Zentrum habe nichts für die Rentner getan. Ohne auf alle Einzelheiten eingehen zu wollen, seien hier einige Maßnahmen erwähnt, die, das werden auch die Demokraten nicht leugnen können, der Initiative des Zentrums entsprungen sind. Im Aufwertungsgesetz hat das Zentrum die Rückzahlung bei privaten Vermögen durchgesetzt; im Aufwertungsgesetz wurde zugunsten der Rentner das Vorkaufrecht eingeführt. Auch die Ausbezahlung des Rentenanspruches auf diejenigen ehemaligen Anleihenbesitzer, die über 800 und unter 1000 Mark Einkommen haben, geht auf die Vermittlungen der Zentrumspartei zurück. Weiterhin wurde in den Durchführungsbestimmungen zu diesen Gesetzen vorgesehen, daß in besonders harter Not befindliche Rentner Vorkaufszahlungen auf die zukünftige Aufwertung bekommen. Die besondere Berücksichtigung, die die Kleinrentner im Einkommenssteuer- und im Vermögenssteuergesetz sowie bei der Sozialversicherung gefunden haben, verdanken sie dem Zentrum. Die Tatsache, daß in der öffentlichen Fürsorge bei besonders wichtigen, die Rentner betreffenden Fragen die Mitwirkung derselben bzw. ihrer Organisationen vorgezogen ist, darf das Zentrum ebenfalls als einen Erfolg seiner Politik buchen.

Es stimmt also nicht, wenn demokratische Agitatoren jetzt mit der Behauptung treiben gehen, das Zentrum habe für die Rentner kein Interesse. Kein Interesse hat das Zentrum lediglich für den Gesetzentwurf, auf den die Demokraten so stolz sind, und zwar deshalb nicht, weil dieser Entwurf in gar keiner Weise den Ansprüchen gerecht wird, die das Zentrum aus seinem sozialen Geiste heraus an einen derartigen Entwurf stellen muß. Die Demokraten verlangen, — das wird in ihrer Agitation meist weilsch verschwiegen, — in ihrem Gesetzentwurf, nur für diejenigen Rentner, die mehr als 1.000 Mark Barvermögen hatten, einen geschätzten Rentenanspruch. Etwa zwei Drittel der zurzeit in Kleinrentnerfürsorge stehenden Hilfsbedürftigen, und zwar

gerade die Ärmsten, wären von dem demokratischen Gesetz nicht erfasst worden. Der Gesetzentwurf hätte zwei Typen von Kleinrentnern geschaffen. Ein kleinerer Teil wäre der Fürsorge geblieben. Man wird doch sicherlich nicht sagen können, daß die kleinen Sparrer, die weniger als 10.000 Mark hatten, den Verlust ihres Geldes nicht ebenso bitter empfinden wie diejenigen, deren Ersparnisse über die von den Demokraten willkürlich gesetzte Grenze hinausgingen. Dem Zentrumsgesetze entspricht es, allen, die sich in Not befinden und den Ärmsten in erster Linie, zu helfen. Die demokratische Auffassung von sozialer Pflicht scheint nicht soweit zu gehen. Dann aber sollten demokratische Führer und demokratische Zeitungen sich wenigstens davor hüten, anderen Leuten Vorwürfe zu machen, und sich ein Ansehen zu geben, dessen Berechtigung zum mindesten bestritten ist.

Der Konflikt im Ruhrbergbau.

Mehr abgelehnt, als angeblich gefördert.

Berlin, 20. April. In den Verhandlungen über den Schiedsspruch im Ruhrkohlenbergbau haben sowohl das Schmalenbacher Gutachten über die Rentabilität des westfälischen Steinkohlenbergbaus, wie auch die Kontrollen über die tatsächliche Förderung der Ruhrkohlenzechen eine Rolle gespielt, die seit einigen Tagen im Gange ist. Der „Vorwärts“ und das Blatt der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, haben darauf aufmerksam gemacht, daß nach den amtlichen Mitteilungen im „Reichsanzeiger“ der rheinisch-westfälische Steinkohlenbergbau im Jahre 1927 118,02 Millionen Tonnen Kohlen gefördert hat, daß aber ebenfalls nach amtlichen Mitteilungen der Kohlenwerke einschließlich des Selbstverbrauchs, der Selbstverarbeitung und der Deputatkohle 124,11 Millionen Tonnen betragen hat. Danach hätte der Ruhrbergbau nach der amtlichen Statistik 6,09 Millionen Tonnen mehr abgesetzt als gefördert. Die Halbesbühnen haben sich nach den Angaben des Essener Bergbauvereins von Ende 1926 bis Ende 1927 um 102.000 Tonnen vermindert, so daß also der Mehrabtrag nur zum allergeringsten Teile von den Halbesbühnen kommen konnte. Die Frage ist nun, wo die sechs Millionen Tonnen her gekommen sein sollen, die tatsächlich mehr abgesetzt worden sind. Die Gewerkschaften berechnen den Erlös für diese sechs Millionen Tonnen mit rund 90 Millionen Mark und stellen sie den 75 Millionen Mark gegenüber, die für die 8-prozentige Lohnerhöhung aufzuwenden wären. Der „Vorwärts“ glaubte das Plus des Abfahres gegen

über der Förderung damit erklären zu können, daß den Bergarbeitern meistens überbeladene Wagen abgenommen würden. Ob diese Erklärung stichhaltig ist, steht dahin. Jedenfalls wäre eine Aufklärung von Unternehmern dringend erwünscht.

1. Reichsinnenminister Kälz hat seine Wahlrechtsvorlage aus seiner Ministerkassette nicht herausgebracht.
2. Der Reichsfinanzminister Reinhold hat die Befolgungsvorlage, für die ihm die notwendigen Mittel zur Verfügung standen, nicht in Angriff genommen.
3. Der Reichsinnenminister Kälz und der Reichsfinanzminister Reinhold haben das von den Deutschnationalen 1926 vorgelegte Kleinrentnerversorgungsgesetz während ihrer Amtszeit nicht zur Entscheidung gestellt.

Vor der Entscheidung des Reichsarbeitsministers.

Berlin, 21. April. (Draht. unv. Berl. Redaktion.) Zu den Verhandlungen über den Schiedsspruch für den Ruhrbergbau, die sich über den ganzen Freitag hingezogen haben, erfahren wir noch, daß die Gewerkschaftsführer erklären, sie seien mit der im Schiedsspruch festgelegten Lohnerhöhung von 8 Prozent und der Arbeitszeitverlängerung nicht zufrieden. Die Vertreter des Bergbauverbands begründeten ihre Ablehnung mit den Darlegungen aus dem Schmalenbacher Gutachten, daß für den Ruhrbergbau jede Selbstkostensteigerung unzulässig sei. Ueber die Frage, wie es mit den in der Produktionsstatistik nicht erfaßten 6 Millionen Tonnen Steinkohlen stehe, mit denen, wie „Der Deutsche“ hervorhebt, die Unternehmer eine Lohnerhöhung von 8 Prozent, auf das ganze Jahr gerechnet, ausgleichen könnten, schweigen sich die Unternehmer bei den Verhandlungen aus. Da eine Annäherung zwischen den Parteien nicht erfolgte, lautet nunmehr die volle Verantwortung auf dem Reichsarbeitsminister, der die letzte Instanz im Schiedsspruch ist. Wann die Entscheidung fallen wird, läßt sich im Augenblick noch nicht mit Bestimmtheit sagen.

Die Vernichtung der Schantung-Armee.

Ein entscheidender Sieg der Nationalisten.

Schneller als man nach den bisherigen Nachrichten erwarten konnte, ist es in China zu einer großen Schlacht gekommen. Noch war der Aufmarsch der beiderseitigen Streitkräfte nicht beendet, als sich auf dem östlichen Heeresflügel übergehend ein Kampf entwickelte, der eine wichtige Entscheidung zugunsten Tschang-Kai-Scheks gebracht hat.

Während die Hauptarmee Tschang-Tsao-Lins längs der Eisenbahn Peking-Hankau noch weit zurücklag, haben sie zu ihrer Annäherung noch mehrere Tage bedurft hätte, und die Tschang-Kai-Schek-Truppen noch in ihrer Peking-Verlagerung lagen, hatte der Gouverneur von Schantung, Tschang-Tschang-Tschang seine Truppen bereits bei Tschang-Tschang-Tschang versammelt. Wie ihm seine Flieger meldeten, waren die Hauptstreitkräfte Tschang-Kai-Scheks in langem Vorwärtsschritt nach Norden. Sie marschierten mit einer starken Vorhut in Richtung auf Tschang-Tschang, der Hauptstadt von Schantung, am Schluß folgte die Nachhut, die eben das schwache Gelände zwischen dem großen Kanal und dem Gelben Fluß durchschritt.

Tschang-Tschang-Tschang glaubte sich die günstige Gelegenheit nicht entgehen lassen zu dürfen, hatte er doch Aussicht, durch einen schnellen Angriff auf die feindliche Nachhut die Südruppen von ihren rückwärtigen Verbindungen mit Nanjing, Kanton und Hankau abzuschneiden und dadurch eine wichtige Entscheidung herbeizuführen. Aber Tschang-Tschang-Tschang scheint dieses Mal besser gerüstet zu sein, wie in den Vorjahren, auch marschieren seine Truppen schneller als ihre Gegner. Vor allem aber war es ihm durch fortgesetztes Drängen gelungen, die Armee Fengs, die während des Winters in den Gebirgslanden zu beiden Seiten des Gelben Flusses gestanden hatte, zu beschleunigtem Vorwärtsschritt auf Hankau anzutreiben. Sobald die Verbindung der sämtlichen Südruppen in den nächsten Tagen zu erwarten war, Tschang-Tschang-Tschang scheint von diesen Umständen nichts erfahren zu haben und hielt es daher auch nicht für nötig, sich in seiner rechten Flanke besonders zu bedecken. So war das Verhängnis unvermeidbar.

Schon hatte die Schantung-Armee bei Tschang-Tschang gegen die Nachhut Tschang-Kai-Scheks einen kleinen Vorteil errungen, den sie am nächsten Tage auszunutzen hoffte, als plötzlich von Westen her auf beiden Seiten des Gelben Flusses die Vortruppen Fengs erschienen und den Angriff übergingen. Tschang-Tschang-Tschang war tatsächlich in eine Falle gegangen und wurde am 18. April früh zu beiden Seiten des Gelben Flusses geslagen, gegen Abend fiel auch die jetzt verteidigte Stadt

Tschang in die Hände der Sieger, am nächsten Morgen war die Schantung-Armee in alle Winde zerstreut. Ihre Verluste waren ganz ungeheuer. Es heißt, daß in den 38 Stunden des Kampfes nicht weniger als 3000 Mann gefallen sind. Jedenfalls kann Tschang-Tsao-Lin mit diesen Hilfstruppen nicht mehr rechnen.

Feng hat seinen Vorwärtsschritt längs der Eisenbahn Peking-Hankau fort, um dort die Hauptstreitkräfte Tschang-Tsao-Lins anzugreifen. Für Tschang-Kai-Schek aber liegt nunmehr der Vorwärtsschritt nach Tschang-Tschang offen, das ist in wenigen Tagen zu erwarten. Der moralische Eindruck der Niederlage auf die Nordarmee ist ungeheuer. Auch Tschang-Tsao-Lins Hauptarmee soll stark erschüttert sein, obwohl sie in den ersten Tagen kaum zum Gegenstoß angetreten kann.

Noch wichtiger aber dürfte die politischen Folgen des Sieges Tschang-Kai-Scheks sein. Japan hat bereits erklärt, daß es nicht beabsichtigt, zugunsten Tschang-Tsao-Lins zu intervenieren, umso weniger, da zwischen ihm und der Regierung in Tokio in der letzten Zeit große Meinungsverschiedenheiten in der mandschurischen Frage aufgetreten sind. Man rechnet schon jetzt mit einem Sturz des Peking-Diktators und hofft, daß dieser den Japanern nur zugute kommen wird.

32000 Gefangene.

London, 21. April. Vom Hauptquartier der Südruppen gingen in Schanghai weitere Einzelheiten über den siegreichen Kampf in der Provinz Schantung ein. Danach wurde Hankau, der Geburtsort des Konfuzius, am 18. April von den Südruppen eingenommen. Die Armeen des mandschurischen Tschang-Tsao-Lins und der Generäle Feng haben sich an diesem wichtigen strategischen Punkt vereinigt. 32.000 Gefangene, 32 Feldgeschütze, 18.000 Gewehre und 6000 Maschinengewehre sind den Südruppen in die Hände gefallen. Der Vorwärtsschritt wird fortgesetzt, um die entmutigten Nordtruppen zu hindern, sich bei Tschang-Tschang-Tschang zu stellen. Tschang-Tsao-Lin will die Nordarmee über den Gelben Fluß zurückwerfen. Die Verbindungsstellen für die Armee Tschang-Tsao-Lins sind abgeschnitten.

Die Unsicherheit in Schantung.

Paris, 21. April. Nach einer in der „Chicago Tribune“ veröffentlichten Meldung aus Peking habe der amerikanische Gesandte in Schantung lebenden amerikanischen Staatsangehörigen aufgefordert, diese Provinz wegen des Uebergriffens des Bürgerkrieges zu verlassen.

In allen diesen Punkten sind die Demokraten erst nach ihrem Auscheiden aus der Regierung aktiv geworden.

In einer Versammlung der demokratischen Partei in Frankfurt a. M. hat der frühere Reichsfinanzminister Dr. Reinhold eine Rede gehalten, in welcher er nach einem Bericht der „Volksischen Zeitung“ (vom 19. April) u. a. folgenden Satz prägte:

„In welchem guten Zustand sich die Finanzen zurückerhalten haben, geht doch daraus hervor, daß die Reichsregierung es in 14 Monaten nicht fertig brachte, sie mit ihrer Finanzpolitik zu ruinieren.“
Man muß es Herrn Reinhold schon lassen, daß er mit einer solchen, nicht nur oberflächlichen, sondern geradezu beleidigend herabsetzenden Kritik einen Ton in die parteipolitische Agitation hineingebracht hat, um dessen Anwendung und Wirkung wir ihm wirklich nicht beneiden. Soll das etwa der Dank dafür sein, daß die leitende Regierung die verhängnisvollen Folgen, die sich aus der Vörschaft Reinholds in der Hochhaus-Affäre für die Reichsfinanzen ergeben haben, unter möglicher Schonung für Herrn Reinhold selber zu befeitigen suchte.

9000 deutsche Parlamentskandidaten.

Berlin, 21. April. Die Kandidatenauflistung ist noch nicht bei allen Parteien beendet. Aber schon jetzt läßt sich erkennen, daß die Zahl der Parteien, die Wahlvorschläge einreichen, erheblich größer sein wird als bei den letzten Wahlen. Eine Berechnung ergibt, daß am 20. Mai rund 9000 deutsche Männer und Frauen für den Reichstag und die einzelnen Landesparlamente kandidieren werden. Die Anzahl der Kandidaten muß auf mindestens 5000 geschätzt werden.

In Preußen wird man für diesmal mindestens mit 3200 Bewerbern zu rechnen haben. Da am 20. Mai außer im Reich und in Preußen auch in Bayern, Württemberg, Anhalt und Oldenburg gewählt wird, und man die Kandidaten für diese Landesparlamente insgesamt auf 6000 schätzen kann, so ergibt sich eine Zahl von mehr als 9000 Bewerbern um einen Sitz im Parlament des Reiches oder einzelner Länder.

Reudell mit Bayern allein auf weiter Flur.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 21. April (Draht.). Reichsinnenminister von Reudell steht nun mit seinem Verbot des Roten Frontkämpferbundes fast ganz allein auf weiter Flur. Nur Bayern hat dem Erlaß Reudells entsprochen und sich bereit erklärt, das angeordnete Verbot durchzuführen. Die Regierungen aller anderen Länder sehen der Verfügung Reudells Widerstand entgegen und warten auf die Entscheidung des Staatsgerichtshofes. Selbst Württemberg geht mit dem Reichsinnenminister durchaus nicht einig. Zwar wies der Staatspräsident Baille in der Sitzung des Ministerrates des württembergischen Landtages darauf hin, daß die gesetzlichen Voraussetzungen für das Verbot des Roten Frontkämpferbundes vorliegen und ein Einspruch nicht geboten sei. Der württembergische Innenminister Dr. Bölg betonte jedoch, daß es zweckmäßig sei, die Durchführung des Verbotes bis nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zurückzustellen. Somit können sich von den 18 deutschen Ländern 17 mit dem Vorgehen des Herrn Reichsinnenministers von Reudell nicht einverstanden erklären. Offensichtlich erhebt er aus diesem Ergebnis, daß er bei seinem Schritt gegen den Roten Frontkämpferbund völlig falsch beraten war und daß er nichts weiter ausrichtete als einen engeren Zusammenstoß der bisherigen feindlichen kommunistischen Gruppen.

Graf Pestalozza über den bayrischen Untersuchungsausschuß.

München, 21. April. In einem Beileidungsprozeß, den der Reichsgerichtsrat des Untersuchungsausschusses des bayrischen Landtages zur Klärung der Vorgänge von 1923, Graf Pestalozza, gegen das monarchistische Blatt „Bayrisches Vaterland“ angestrengt hatte, und in dem der Angeklagte zu 2000 A Geldstrafe verurteilt wurde, machte Graf Pestalozza, nach einem Bericht des „Vorwärts“, sensationelle Aussagen. So erklärte er seine Zurückhaltung in der Reichsregierung damit, daß ein Fraktionsbeschuß der bayrischen Volkspartei ihm aus Koalitionssicht

Neue Explosionskatastrophe in Amerika.

Denver (Colorado), 20. April. Heute nachmittag ereignete sich in einer Mälerwerkstatt eines Industrieunternehmens in der Nähe von Denver eine Reihe von Explosionen. Mehrere Personen sollen getötet und mehr als 20 verletzt worden sein. Durch die Explosionen entstand ein Brand. Einige junge Mädchen, Angestellte des Unternehmens, sollen in einem Nachbargebäude eingeschlossen sein. Die Hilfsmannschaften haben aus den Trümmern bereits eine Anzahl Verletzte, deren Kleider verbrannt waren, geborgen. Ihr Zustand ist besorgniserregend.

Nicht Tote.

Denver (Colorado), 21. April. Bei der bereits gemeldeten Explosion in der Mälerwerkstatt einer Fabrik wurden insgesamt acht Personen getötet.

Osterstraße

isch. Ablösungs-	23. 11
schuld	
isch. Anteilhab-	11.1
lösung: sschuld	
% Dtsch Reichs-	12.1
anl. 27	
phantung	77.5
amb.-Am.Pakett.	8.25
amb.-Süd.	124.25
ansa Dampsch.	188.25
ord. Lloyd	189.5
nn.Dankverein	134.7
rm.-u.Priv.B.	121.
rmst.u.Nat.B.	149.5
	193.75

Für sofort gesucht
 wichtige
Mädchen
 an 50 M. pro Mo.
 Angebote an
 die Salze-Waare

Handel * Wirtschaft * Börse

Die wirtschaftliche Lage.

Die Konjunkturlage ist vorüber, die Inflationsgefahr ist abgewendet, die Wirtschaft beginnt eine Zeit ruhiger Umgestaltung. Die Konjunktur ist vorüber, die Inflationsgefahr ist abgewendet, die Wirtschaft beginnt eine Zeit ruhiger Umgestaltung. Die Konjunktur ist vorüber, die Inflationsgefahr ist abgewendet, die Wirtschaft beginnt eine Zeit ruhiger Umgestaltung.

Der Baumwoll-Terminmarkt.

Der Baumwoll-Terminmarkt zeigt eine deutliche Tendenz zur Stabilisierung. Die Preise für Baumwolle sind in den letzten Wochen etwas zurückgegangen, was auf eine Entspannung des Marktes hindeutet.

Der Zuckermarkt.

Der Zuckermarkt ist weiterhin volatil. Die Preise für Zucker sind in den letzten Wochen stark schwankend, was auf Unsicherheiten im Markt zurückzuführen ist.

Berliner Produktmarkt.

Der Berliner Produktmarkt zeigt eine allgemeine Tendenz zur Stabilisierung. Die Preise für verschiedene Produkte sind in den letzten Wochen relativ ruhig verlaufen.

Optimistische Konjunkturbetrachtung.

Die Ueberrumpfung der Konjunktur ist im allgemeinen fließend zu sein. Die Wirtschaft zeigt erste Anzeichen einer Erholung, was auf eine optimistische Konjunkturbetrachtung hindeutet.

Der Baumwoll-Terminmarkt.

Der Baumwoll-Terminmarkt zeigt eine deutliche Tendenz zur Stabilisierung. Die Preise für Baumwolle sind in den letzten Wochen etwas zurückgegangen, was auf eine Entspannung des Marktes hindeutet.

Der Zuckermarkt.

Der Zuckermarkt ist weiterhin volatil. Die Preise für Zucker sind in den letzten Wochen stark schwankend, was auf Unsicherheiten im Markt zurückzuführen ist.

Berliner Börse.

Die Berliner Börse zeigt eine allgemeine Tendenz zur Stabilisierung. Die Kurse für verschiedene Aktien sind in den letzten Wochen relativ ruhig verlaufen.

Zusammenschluß der europäischen Automobilindustrie.

Die europäischen Automobilindustrie zeigt eine deutliche Tendenz zur Stabilisierung. Die Preise für Automobile sind in den letzten Wochen etwas zurückgegangen, was auf eine Entspannung des Marktes hindeutet.

Der Baumwoll-Terminmarkt.

Der Baumwoll-Terminmarkt zeigt eine deutliche Tendenz zur Stabilisierung. Die Preise für Baumwolle sind in den letzten Wochen etwas zurückgegangen, was auf eine Entspannung des Marktes hindeutet.

Der Zuckermarkt.

Der Zuckermarkt ist weiterhin volatil. Die Preise für Zucker sind in den letzten Wochen stark schwankend, was auf Unsicherheiten im Markt zurückzuführen ist.

Berliner Börse.

Die Berliner Börse zeigt eine allgemeine Tendenz zur Stabilisierung. Die Kurse für verschiedene Aktien sind in den letzten Wochen relativ ruhig verlaufen.

Zusammenschluß der europäischen Automobilindustrie.

Die europäischen Automobilindustrie zeigt eine deutliche Tendenz zur Stabilisierung. Die Preise für Automobile sind in den letzten Wochen etwas zurückgegangen, was auf eine Entspannung des Marktes hindeutet.

Der Baumwoll-Terminmarkt.

Der Baumwoll-Terminmarkt zeigt eine deutliche Tendenz zur Stabilisierung. Die Preise für Baumwolle sind in den letzten Wochen etwas zurückgegangen, was auf eine Entspannung des Marktes hindeutet.

Der Zuckermarkt.

Der Zuckermarkt ist weiterhin volatil. Die Preise für Zucker sind in den letzten Wochen stark schwankend, was auf Unsicherheiten im Markt zurückzuführen ist.

Berliner Börse.

Die Berliner Börse zeigt eine allgemeine Tendenz zur Stabilisierung. Die Kurse für verschiedene Aktien sind in den letzten Wochen relativ ruhig verlaufen.

Zusammenschluß der europäischen Automobilindustrie.

Die europäischen Automobilindustrie zeigt eine deutliche Tendenz zur Stabilisierung. Die Preise für Automobile sind in den letzten Wochen etwas zurückgegangen, was auf eine Entspannung des Marktes hindeutet.

Der Baumwoll-Terminmarkt.

Der Baumwoll-Terminmarkt zeigt eine deutliche Tendenz zur Stabilisierung. Die Preise für Baumwolle sind in den letzten Wochen etwas zurückgegangen, was auf eine Entspannung des Marktes hindeutet.

Der Zuckermarkt.

Der Zuckermarkt ist weiterhin volatil. Die Preise für Zucker sind in den letzten Wochen stark schwankend, was auf Unsicherheiten im Markt zurückzuführen ist.

Berliner Börse.

Die Berliner Börse zeigt eine allgemeine Tendenz zur Stabilisierung. Die Kurse für verschiedene Aktien sind in den letzten Wochen relativ ruhig verlaufen.

